

Hauptabteilung Politik und Beratung  
Berlin, im Februar 2010



 PARTEIENMONITOR

# Partei der „digital natives“?

Eine Analyse der Genese und  
Etablierungschancen der Piratenpartei

Fabian Blumberg

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Michael Borchard

Hauptabteilungsleiter  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030-26996 3503

[michael.borchard@kas.de](mailto:michael.borchard@kas.de)

## INHALTSVERZEICHNIS

|     |                                                                                        |    |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1.  | EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG .....                                                   | 3  |
| 2.  | HINTERGRUND: FILESHARING, „THE PIRATE BAY“ UND DIE<br>SCHWEDISCHE „PIRATPARTIET“ ..... | 6  |
| 3.  | DAS „ERWECKUNGSERLEBNIS“ ZUGANGSERSCHWERUNGSGESETZ                                     | 9  |
| 4.  | MITGLIEDERENTWICKLUNG .....                                                            | 13 |
| 5.  | ANHÄNGERSTRUKTUR, WAHLERGEBNISSE 2009 .....                                            | 13 |
| 5.1 | EUROPAWAHL 2009 .....                                                                  | 14 |
| 5.2 | BUNDESTAGSWAHL 2009 .....                                                              | 15 |
| 5.3 | WEITERE WAHLEN .....                                                                   | 17 |
| 6.  | INHALTLICHE SCHWERPUNKTE UND PROGRAMMATISCHE(S)<br>PROFIL(LOSIGKEIT) .....             | 18 |
| 6.1 | INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG UND DATENSCHUTZ ..                                    | 19 |
| 6.2 | URHEBERRECHT .....                                                                     | 19 |
| 6.3 | OPEN ACCESS .....                                                                      | 22 |
| 6.4 | PATENTRECHT .....                                                                      | 22 |
| 6.6 | BILDUNG .....                                                                          | 23 |
| 7.  | ETABLIERUNGSSCHANCEN .....                                                             | 25 |
| 7.1 | PARTEIENSYSTEMWANDEL UND REPRÄSENTATIONSLÜCKEN .....                                   | 25 |
| 7.2 | EIN-THEMEN-PARTEI UND ORGANISATIONSSTÄRKE .....                                        | 27 |
| 7.3 | INTEGRATIONSFÄHIGKEIT EINES HETEROGENEN WÄHLER- UND<br>ANHÄNGERMILIEUS .....           | 30 |
| 8.  | FAZIT .....                                                                            | 31 |

## 1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

Es war eine hitzige Debatte: „Stasi 2.0“, „chinesische Verhältnisse“, „Kulturkampf zwischen analoger und digitaler Welt“ oder „Der Krieg um das Internet“ – so lauteten einige Kampfbegriffe und Überschriften, die in den letzten Monaten im Debattengeflecht über Freiheit und rechtliche Grenzen des Internets und der entstehenden digitalen Kultur genutzt wurden. Die einen beklagen den Informations-Overkill durch neue digitale Medien, die anderen sehen das Pendel schon zurück schwingen und plädieren für „slow media“<sup>1</sup>. Jedenfalls, so die Publizistik, kündigen sich Umwälzungen von historischen Ausmaßen beim Blick auf das Internet an. Wer kritisch fragt und analysiert, worin diese Umwälzungen bestehen, Überforderung angesichts der täglichen Informationsflut formuliert und Versuche unternimmt, sich diesen zu entziehen, wird rasch als Gestriger abgetan; als Angehöriger der Kugelschreiber-Generation, allenfalls noch als „Zaungast, der einer wilden Party gleichermaßen neugierig wie irritiert aus der Ferne zuschaut“<sup>2</sup>.

Die klassischen Formen politischer Kommunikation und Partizipation, so der Debatten-Mainstream, ändern sich – zulasten der etablierten Parteien. „Erstmals in der Geschichte moderner Demokratien ermöglichen neue Kommunikationstechnologien eine umfassende Emanzipation der Bürger vom mächtigen »Vater Staat« und den etablierten Parteimechanismen. In Zukunft wird der Bürger nicht nur alle vier bis fünf Jahre Einfluss via Stimmabgabe ausüben, sondern permanent: durch seine über Internetplattformen strukturierten Politikempfehlungen, Ideen und Mitwirkungsmöglichkeiten wie virtuelle Kampagnen. Demonstrationen mag es auch in Zukunft geben, doch das eigentliche Schwungrad sind politisch ambitionierte und gut organisierte Netzwerke mit professionell gepflegten Datenbanken. Staat und Politik werden sich darauf einstellen müssen, wenn sie

---

<sup>1</sup> So Tyler Brûlé: Twittern war gestern. Interview mit Die Zeit v. 07.01.09.

<sup>2</sup> Peter Kruse: Schirmmacher ist Zaungast. Interview mit sueddeutsche.de v. 26.11.09, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/computer/218/495543/text/> (abgerufen am 26.11.09).

ihre Handlungsfähigkeit bewahren wollen.“<sup>3</sup>

Damit würden sich, so die Prognose, Meinungsbildung, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, politische Bildung, Integration, Programmarbeit und Rekrutierung politischen Personals – mithin essentielle Funktionen der Parteien – in den digitalen Raum verlagern. Online – nicht offline – vollziehe sich künftig Politik.

Kritik wurde und wird vor diesem Hintergrund an die etablierten Parteien gerichtet. Ihnen wird die Netz-Kompetenz abgesprochen.<sup>4</sup> Nicht nur, dass sie es versäumt hätten, Internetplattformen wie Twitter, Facebook, studiVZ, Youtube etc. zu nutzen. Selbst wenn Web 2.0-Instrumente genutzt werden, wird dies häufig als nicht authentisch bewertet. Es mangle den etablierten Parteien und dem Politikbetrieb an Wissen und Einsicht in die Mechanismen des Internets, notwendigen – bzw. nicht-notwendigen – rechtlichen Rahmenbedingungen des Netzes, an Gespür für und Einblick in die digitale Kultur. Die Lebenswelt der „digital natives“, der jungen Generation, die mit den digitalen Medien aufgewachsen und sozialisiert wurde und wird, sei den Etablierten fremd. So werden ein neuer Generationenkonflikt und eine neue Konfliktlinie zwischen Onlinern und Offlinern konstatiert.

Ein schönes Beispiel für diese „Trennlinie“ halten Sie sozusagen in der Hand. Wenn Sie die vorliegende Analyse in gedruckter Form vor sich haben, gehören Sie in der Diktion der Internetaffinen der „Kugelschreiber-Generation“ an, der Generation der „Analogen“ und „Internet-Ausdrucker“. Bei den netzaaffinen „digital natives“ – der „Generation Commodore 64“ – dürfte eine solche Spezies allenfalls Kopfschütteln hervorrufen. Jedenfalls funktioniert dieser simple Mechanismus der Abgrenzung,

---

<sup>3</sup> Johannes Bohnen / Jan-Friedrich Kallmorgen: Wie Web 2.0 die Politik verändert, in: Internationale Politik Juli/August 2009, S. 18-25, S. 18.

<sup>4</sup> Vgl. z. B. BITKOM-Presseinformation v. 23.11.09: Internet soll Top-Thema der Politik werden, abrufbar unter [http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM-Presseinfo\\_Umfrage\\_Internetpolitik\\_23\\_11\\_2009.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM-Presseinfo_Umfrage_Internetpolitik_23_11_2009.pdf) (abgerufen am 24.11.09).

den in gewisser Weise auch die Piratenpartei nutzt. Ihr ist es im vergangenen Jahr gelungen, sich als Interessenvertreter internetaffiner Wähler zu empfehlen und die Analyse der Wahlergebnisse zeigt, dass sie insbesondere bei jungen, männlichen Wählern besonders hohen Zuspruch generieren konnte.

So entfielen bei der Bundestagswahl beispielsweise in Baden-Württemberg knapp ein Drittel der Stimmen der unter 25-jährigen und etwa 30 Prozent der 25- bis 34-jährigen Wähler auf die Piratenpartei, womit sie die jüngste Wählerschaft hatte. Das entspricht den Ergebnissen, die zusammengefasst für die Wahlen 2009 gelten: Die Piratenpartei ist die Partei der jungen Generation, häufig junger Männer. Bei den männlichen Erstwählern lag sie bei der Bundestagswahl bei 12 Prozent und damit etwa gleichauf mit Bündnis 90/Die Grünen und Linke. Ihre „Hochburgen“ liegen in den Großstädten. Ihr Thema kapriziert sich auf einen Schwerpunkt: die Freiheit im Internet. Dieses Diktum steht im Mittelpunkt, die konkreten Forderungen leiten sich hiervon ab und auch das rasante Wachstum der Partei seit 2009 liegt in diesem Thema begründet. Mit der Kritik an dem von der Großen Koalition geplanten, von der bürgerlichen Koalition ausgesetzten, Zugangerschwerungsgesetz hat sich die Piratenpartei als Sprachrohr einer netzaffinen, ansonsten aber programmatisch heterogenen Wähler- und Anhängerschaft empfohlen. Ihre Mitgliederzuwächse fielen in den Jahren 2006-2008 vergleichsweise gering aus. Nach einem Beginn mit 52 Mitgliedern 2006, etwa 500 im Jahr 2007 und etwa 800 im Jahr 2008 wuchs die Mitgliedschaft 2009 von 870 Mitgliedern auf etwa 11.400 Mitglieder Ende 2009. Aktuell gibt die Partei an, 11.793 Mitglieder zu haben.

Die Freiheit im Netz aufrecht zu erhalten und jedweden Einstieg in eine Zensur zu verhindern, steht am Anfang der Partei und ist die Hintergrundfolie der zentralen, konkreten Forderungen nach informationeller Selbstbestimmung und Datenschutz, nach einer Reform des Urheberrechts, mit der Privatkopien von Dateien ebenso legalisiert werden sollen wie die Nut-

zung von Tauschbörsen, nach der Implementierung des open access-Prinzips und nach mehr Transparenz auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung.

Der Partei wurde mit der Schwerpunktsetzung Internet eine Avantgarde-Stellung attestiert. Die Intensität der medialen Berichterstattung über die Piratenpartei hat bisher, jenseits allgemeiner Statements in der Presse, aber kaum Entsprechung in der Wissenschaft gefunden. Aussagen zur Piratenpartei, einer neuen, nicht-etablierten Kleinpartei, können nur einen tastenden, mit Konjunktiven und offenen Fragen versehenen Charakter haben.

Eben diesen Zweck soll der vorliegende Parteienmonitor erfüllen: Erste Aussagen zur Genese der Partei, dem Debattenstand und den Erfolgsbedingungen der Piratenpartei vorzunehmen. Die leitenden Fragen lauten:

1. Welcher Gründungsimpetus lag der Piratenpartei zugrunde?
2. Was sind ihre dominierenden Themen und wie kann ihre Programmatik charakterisiert werden?
3. Welche Zielgruppe spricht sie an? Wie setzt sich ihre Mitgliedschaft zusammen?
4. Wie schnitt sie bei den Wahlen des „Superwahljahres“ 2009 ab?
5. Wie sind die Etablierungschancen der neuen Partei im bundesdeutschen Parteiensystem einzuschätzen und was folgt für die etablierten Parteien?

## 2. HINTERGRUND: FILESHARING, „THE PIRATE BAY“ UND DIE SCHWEDISCHE „PIRATPARTIET“

Es beginnt mit einem Film im August 2006: Angekündigt als „The only pirate movie you need to see this summer“ wird der halbstündige Film „Steal this film“ ins Netz gestellt. Im Sommer 2006 von anonymen Produzenten in Stockholm gedreht, zeigt er die schwedische Filesharing-Szene

aus der Binnenperspektive. Ziel: die Aktivitäten der Bewegung und deren „Kriminalisierung“ zeigen – und so in ein vorteilhaftes Licht zu rücken. „Filesharing“, das Teilen / Tauschen von Dateien, gilt in weiten Teilen der schwedischen Öffentlichkeit nicht als anstößig oder gar einem Verbrechen, dem Raub, vergleichbar. Wenn überhaupt, wird es als „Kavaliersdelikt“ bewertet.<sup>5</sup> In dieser wohlwollenden Atmosphäre, dominiert von einer Mentalität des Im-Netz-ist-alles-möglich, entstand 2003 die Webseite „The Pirate Bay“. Einer „digitalen Piratenbucht“ vergleichbar, sollte sie den weltweiten Tausch illegal kopierter Dateien ermöglichen. In diesem Umfeld gründete sich im Januar 2006 die schwedische Piratenpartei, die „Piratpartiet“. Pirate Bay wie Piratpartiet treten im Film „Steal this film“ als reale Akteure einer Bewegung auf, die sich ein zentrales Ziel gesetzt hat: freies Netz für alle. Hierzu zählt im schwedischen Fall zunächst – und das bis heute – den Konflikt mit der „Copyright-Industrie“ zu suchen und Dateien aller Art für jeden frei zugänglich zu machen.<sup>6</sup>

Allerdings dümpelten die schwedischen Piraten, was Wählerzuspruch und öffentliche Wahrnehmung betrifft, zunächst nur vor sich hin. Bei der Parlamentswahl 2006 bekamen sie lediglich 0,6 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt hatten die etablierten schwedischen Parteien, die Grünen, die Linke und die Wirtschaftsliberal-Konservativen des späteren Ministerpräsidenten Frederik Reinfeld ihre Positionen in der Debatte über Filesharing und Urheberrecht bereits verändert, so dass das Mobilisierungspotenzial des Themas geringer geworden war.<sup>7</sup> Die Situation änderte sich für die schwedische Piratenpartei mit dem Prozess gegen die Betreiber von Pirate Bay im Februar 2009. Die Angeklagten, denen von Staatsanwaltschaft und Film- und Musikindustrie vorgeworfen wurde, Raubkopierern ein Forum zu bieten und mittels Werbeeinnahmen Geld mit der Datenbank zu verdienen, wur-

---

<sup>5</sup> Vgl. Henning Bartels: Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung, Berlin 2009, S. 26, abrufbar unter: <http://ebooks.contumax.de/01-piratenpartei.pdf> (abgerufen am 13.11.09).

<sup>6</sup> Vgl. Martin Conrads: More Than a Free Lunch, in: Springerin. Hefte für Gegenwartskunst 1 / 2007, S. 8-9.

<sup>7</sup> Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 38.

den im April 2009 wegen Verletzung des Urheberrechts zu je einem Jahr Haft und 2,74 Millionen Euro Schadensersatz verurteilt.

Es war vor allem dieser Prozess und die begleitende Debatte über ein neues Gesetz zum Urheberschutz (Intellectual Property Rights Reinforcement Directive, IPRED), der der Partei den nötigen Schub verliehen hat, um in der schwedischen Wählerschaft bei der Europawahl 2009 in Schweden reüssieren zu können. Christian Engström, Partei-Vize und späterer EU-Abgeordneter, sagte nach der Verurteilung: „Das Urteil ist für uns die Fahrkarte ins EU-Parlament.“<sup>8</sup> Das Urteil hat maßgeblich zu dem Ergebnis bei der Europawahl von 7,1 Prozent geführt, mit dem die Partei einen Abgeordneten, Engström, ins EU-Parlament schicken konnte.<sup>9</sup> Für die Szene selbst war es ein Motiv, ihr Piraten-Selbstverständnis und die Selbstdarstellung als Märtyrer weiter zu schärfen: „Aber wie in allen guten Filmen verlieren die Helden am Anfang der Geschichte, aber tragen am Ende dennoch immer einen epischen Sieg von dannen. Das ist die einzige Sache, die uns Hollywood jemals gelehrt hat.“<sup>10</sup>

Jedenfalls sind Gründung und Erfolge der schwedischen Piraten, Vorläufer und Vorbild der deutschen Piratenpartei, ohne den Prozess und die Abwehr der Musik- und Unterhaltungsindustrie gegen eine Struktur, die den freien Tausch und die Weitergabe ihrer Produkte ermöglicht, der eigentliche Ausgangskonflikt, an dem sich eine breite Debatte entzünden konnte. Hier prallten zwei unterschiedliche Verständnisse von Urheberrecht aufeinander. Die Nutzer von Portalen wie Pirate Bay fühlten sich kriminalisiert. Gründungsmitglied der schwedischen Piraten Rick Falkvinge äußerte zu den Gründungsmotiven der Partei: „Es liegt eben daran, wie die junge

---

<sup>8</sup> Zitiert nach Reinhard Wolff: Rückenwind für Piraten, in: taz v. 19.04.09.

<sup>9</sup> Mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages entfallen auf Schweden zwei weitere Sitze im EU-Parlament. Einer davon entfällt auf die schwedische Piratenpartei und wird seit 1. Dezember 2009 von Amelia Andersdotter wahrgenommen. Damit sind die schwedischen Piraten mit zwei Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Vgl. Reinhard Wolff: Im Parlament dank Lissabon, abrufbar unter: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/die-zweite-piratin/> (abgerufen am 05.12.09).

<sup>10</sup> Zitiert nach André Anwar: Pirate-Bay-Betreiber wollen aus dem Knast weiterdehlen, abrufbar unter <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-urteil?page=2> (abgerufen am 01.09.09).

Generation mit dem Medium Internet umgeht. Eigentlich lädt jeder jeden Tag illegal Musik oder Filme aus dem Internet, ohne jedes Unrechtsbewusstsein. Davon haben die heutigen Politiker keine Ahnung, es existiert ein großer kultureller Graben innerhalb der Gesellschaft. Es war diese Kriminalisierung weiter Bevölkerungsgruppen, die mich letztlich zum Handeln bewegte. Also habe ich zu Neujahr meine Gedanken dazu online gestellt. Zwei Tage später hatte ich bereits knapp 4.800 Unterschriften von Leuten zusammen, die ähnlich denken wie ich. So hat sich die Piratpartiet gegründet.“<sup>11</sup>

### 3. DAS „ERWECKUNGSERLEBNIS“ ZUGANGSERSCHWERUNGSGESETZ

Während die Schweden ihren Zuspruch v. a. durch den Prozess über Pirate Bay und die Urheberrechtsthematik steigern konnten, war dies bei den deutschen Piraten die Debatte über das Gesetzesvorhaben der Großen Koalition, kinderpornographische Internetseiten zu sperren. Zwar thematisieren auch die deutschen Piraten Filesharing. Anders als in Schweden taugte das Thema aber nicht zur breiten Mobilisierung in der „Community“.<sup>12</sup> Die für Wachstum und Erfolg der deutschen Piratenpartei zentrale Frage war, ob das Instrument der von der Großen Koalition avisierten Netzsperrern wirksam sei, um das Ziel, kinderpornographische Seiten zu sperren, zu erreichen. Müsste nicht vielmehr alles daran gesetzt werden, die Seiten nicht zu sperren, sondern zu löschen? Für die Piratenpartei, wie für große Teile ihrer Klientel, war die Antwort eindeutig. Wenn, dann müsse der Grundsatz „löschen statt sperren“ gelten.

Im Januar 2009 hatte Familienministerin Ursula von der Leyen bekanntgegeben, in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt (BKA) und den

---

<sup>11</sup> Zitiert nach Michael Moorstedt: Die Piraten organisieren sich, abrufbar unter <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/251718> (abgerufen am 08.01.09)

<sup>12</sup> Vgl. zu den Gründen Bartels: Die Piratenpartei, S. 57-61.

großen deutschen Internet Providern das Netz auf Kinderpornographie filtern zu wollen. Das BKA sollte nach damaligen Vorstellungen Sperrlisten erstellen, die den Providern übermittelt werden sollten, die dann für die Sperrung zu sorgen hätten. Dieser Grundgedanke durchzieht die Debatte dieses Jahres und hat später auch Eingang in das Zugangserschwerungsgesetz (ZugErschwG) gefunden.

Schon damals gab es in der Fachöffentlichkeit Bedenken, ob derartige Sperrungen technisch und rechtlich umsetzbar seien.<sup>13</sup> Am 17. April 2009 einigten sich Bundesregierung und fünf große Internetanbieter<sup>14</sup> auf Verträge zur „Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten im Internet“, die am 22. April 2009 mit dem ersten Gesetzesvorstoß rechtlich abgesichert werden sollten. Dieser Vorstoß sah eine Veränderung des Telemediengesetzes vor. Hier wurden die Grundzüge des später noch in zentralen Punkten veränderten ZugErschwG deutlich: Die Anbieter sollten eine geheime Liste des BKA bekommen, auf der vermerkt werden sollte, welche Seiten zu sperren sind. Auch das Stopp-Schild, auf das die Internetanbieter die Surfer umleiten sollten, sollte damit implementiert werden.<sup>15</sup>

Die Kritik am Gesetzesvorstoß wurde erneuert. Von der Piratenpartei, vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und dem Arbeitskreis Zensur sowie den nicht-organisierten Nutzern wurde Zensur gewittert. Sperren, die das BKA einrichtet, seien unbrauchbar, um ihren Zweck zu erfüllen und leicht

---

<sup>13</sup> Der Bundesverband Digitale Wirtschaft hatte beispielsweise erklärt, mit der Aufnahme der Sperrmöglichkeit in das Telemediengesetz, wie es zunächst vorgesehen war, bestehe die Gefahr, dass auch andere Inhalte des Internet sperrbar seien. Außerdem wurde die Kritik formuliert, dass die Sperren letztlich insofern wirkungslos seien, als dass sie leicht umgangen werden könnten. Nur wenige Server seien überhaupt in Deutschland ansässig und der hiesigen Rechtsprechung unterworfen. Server würden außerdem ständig „umziehen“. Überwiegend würden andere Wege der Verbreitung kinderpornographischen Materials gewählt (Peer-to-Peer-Netzwerke, Tauschbörsen, Chats). Das waren die Kernargumente, die in der gesamten Debatte immer wieder vorgebracht werden sollten. Vgl. Christina Hebel: Der schwierige Weg zum Stopp-Schild, in: FAZ v. 12.02.09; Jörg Schindler: Der Teufel steckt in der Datei, in: FR v. 26.03.09; Artikel: Die Grenzen des Stopp-Servers, in: FAZ v. 28.03.09; Dominik Schöneberg: Durchlässige Barriere, in: SZ v. 18.04.09.

<sup>14</sup> Deutsche Telekom, Vodafone/Arcor, Telefónica o2 Germany, Kabel Deutschland und Hanse Net Alice.

<sup>15</sup> Vgl. Martin Kotynek: Weniger Datenschutz für Kinderporno-Nutzer, in: Süddeutsche Zeitung v. 18.04.09.

umgebar. Stattdessen sei es der Einstieg in die Internetzensur; es drohten „chinesische“ oder „iranische“ Verhältnisse. Generell, so etwa der Vorsitzende der Piratenpartei Jens Seipenbusch, müsse es jetzt um den „Kampf gegen den herannahenden Überwachungsstaat“<sup>16</sup> gehen.

Dem naheliegenden Vorwurf, mit ihrer Ablehnung des Gesetzes zur Sperrung von Kinderpornoseiten, eben diesen einen Dienst zu erweisen, begegneten die Kritiker mit dem Hinweis, dass sie den Zweck des Gesetzes teilen, nicht aber den Weg dahin: Exemplarisch äußerte die im Wachsen begriffene Piratenpartei: „Wir sind nicht gegen den Zweck des Gesetzes. Aber es geht klar am Ziel vorbei, der Staat schafft hier eine Zensur. Besser wäre es, diese Seiten gar nicht erst ins Internet kommen zu lassen. Die Server sind doch bekannt. Die müssen diese Seiten vom Netz nehmen.“<sup>17</sup> Eben diese Forderung war es auch, die in der vielfach zitierten Online-Petition – beim Deutschen Bundestag von Franziska Heine am 22. April 2009 eingereicht – deutlich wurde. Im Petitionstext hieß es, das geplante Verfahren sei undurchsichtig und unkontrollierbar, das Ziel sei nicht durch die vorgesehenen Maßnahmen erreichbar. In den ersten vier Wochen hatte die Petition bereits 100.000 Zeichner, bei Ende der Zeichnungsfrist am 16. Juni 2009 waren es 134.015.<sup>18</sup>

Nach der Debatte war der ursprüngliche Gesetzesvorstoß, der die Änderung des Telemediengesetzes vorsah, in veränderter Form am 18. Juni 2009 mit den Stimmen von Union und SPD als Zugangerschwerungsgesetz verabschiedet worden. Es galt der schon angeführte Grundsatz: Das Bundeskriminalamt würde – bei Inkrafttreten des Gesetzes – ermächtigt, eine Sperrliste zu führen, auf denen Seiten mit kinderpornographischem Inhalt aufgeführt sind. Die täglich aktualisierten Listen würden Internet-

---

<sup>16</sup> Zitiert nach Artikel: Piraten mit Potential, in: FAS v. 05.07.09.

<sup>17</sup> Zitiert nach Matthias Korfmann: „Piraten“ segeln voll am Wind, in: WAZ v. 04.07.09.

<sup>18</sup> „Da die Sperrlisten weder einsehbar sind noch genau festgelegt ist, nach welchen Kriterien Webseiten auf die Liste gesetzt werden. Wir sehen darin eine Gefährdung des Grundrechts auf Informationsfreiheit.“ Abrufbar unter <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860> (abgerufen am 05.08.09).

anbiestern übermittelt, die Nutzer, die eine der Seiten anklicken, auf ein Stopp-Schild umleiten.

Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz wurde im Vergleich zum ersten Gesetzesvorstoß erheblich modifiziert, womit die Große Koalition den Kritikern, insbesondere mit der Aufnahme des Grundsatzes „Löschen vor Sperren“, entgegengekommen war. Die hatten freilich „Löschen statt Sperren“ gefordert und die Kritik an den Internetsperren wurde aufrechterhalten. So erneuerte beispielsweise Franziska Heine im Zeit-Gespräch mit Ursula von der Leyen ihre Kritik: „Ich bezweifle die Realisierbarkeit einer wirksamen technischen Sperre. Außerdem schafft das Gesetz eine Struktur, die absolut intransparent ist: Erstens gibt es keine Möglichkeit nachzuvollziehen, welche Seiten auf die Sperrliste kommen, die vom Bundeskriminalamt erstellt werden soll. Zweitens gibt es keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, dass man registriert wird, wenn man fälschlich auf einer Kinderpornoseite landet. Alle Internetnutzer, die auf eine Stopp-schildseite gelangen, werden kriminalisiert, auch die, die dort nur zufällig landen.“<sup>19</sup>

Für die Genese der Piratenpartei „war die Debatte über das Zugangser-schwerungsgesetz und die Onlinepetition so etwas wie das Erweckungser-lebnis der Opposition im Internet.“<sup>20</sup> Dass das gesamte Vorhaben von der bürgerlichen Koalition zunächst ausgesetzt worden ist und sich die SPD gänzlich von dem Vorhaben distanziert hat, können die Aktivisten als ers-ten Erfolg verbuchen.

---

<sup>19</sup> Zitiert nach: Ihnen ist egal, was wir denken, Streitgespräch zwischen Franziska Heine und Ursula von der Leyen, in: Die Zeit v. 25.06.09.

<sup>20</sup> Christoph Bieber, zitiert nach Tilmann Prüfer: Vorsicht, Opposition, abrufbar unter <http://www.zeit.de/2009/36/DOS-Die-Apolitischen> (abgerufen am 03.09.09).

#### 4. MITGLIEDERENTWICKLUNG

Vor dem Hintergrund dieser Debatte hat die Mitgliederentwicklung der hiesigen Piratenpartei eine dynamische Entwicklung genommen. Nach eigenen Angaben ist sie 2006 mit 52 Mitgliedern gestartet, stand Ende 2006 bei 360, Mitte 2007 bei etwa 500, im Mai 2008 hatte sie 800 Mitglieder und hat sich bis Mitte Februar 2009 nur auf 870 Mitglieder gesteigert. Der Anstieg der Mitgliederzahlen erfolgte ab Mitte Februar 2009: bis 11. Juni steigert sie sich auf 1.476; Ende Juni steht sie bei 2.702, Mitte Juli bei 3.729, Mitte August bei 5.269, Anfang September bei 6.462, Mitte September bei 7.359. Der Mitgliederzuwachs hält auch nach der Bundestagswahl und der Neuregelung der Internetsperren an. Mitte Oktober verzeichnete die Partei 9.233, Mitte November 10.920, Mitte Dezember 11.394 Mitgliedern und Mitte Januar 2010 11.793.<sup>21</sup>

#### 5. ANHÄNGERSTRUKTUR, WAHLERGEBNISSE 2009

Zur Mitglieder- und Anhängerstruktur lassen sich mangels Veröffentlichungen der Piratenpartei selbst keine Aussagen vornehmen. Transparenz bleibt die Partei hier schuldig. Behelfsweise können zwei Wege beschritten werden. Zunächst der Rückgriff auf Charakterisierungen, die in den Printmedien erschienen sind. Sie lauten zusammengefasst, dass es sich bei den Mitgliedern der Piratenpartei überwiegend um Männer zwischen 20 und 30 handelt.<sup>22</sup> „Der Kern der Piratenpartei sind Mitglieder im Alter von Mitte zwanzig, in der Mehrzahl Studenten. Es ist die Generation, die mit dem Internet aufgewachsen ist. Sie versteht es nicht nur als ein Medium zur Übermittlung von Information, sondern als ihren Lebensraum, den es gegen Einschränkungen zu verteidigen gilt.“<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl. <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder#FAQ> (zuletzt abgerufen am 01.02.10).

<sup>22</sup> Vgl. Susanne Gaschke: Männer und Maschinen, in: Die Zeit v. 09.07.09; Jens Schneider: Mit Laptop und Totenkopf, in: SZ v. 06.07.09; Insa Gall: So wollen die Piraten den Bundestag entern, in: Die Welt v. 06.07.09.

<sup>23</sup> Artikel: Piraten mit Potential, in: FAS v. 05.07.09.

Die in der Presse getroffenen Aussagen oszillieren zwischen Skepsis ob der jungen Klientel und der Ernsthaftigkeit der Partei einerseits und einer hohen Erwartungshaltung und Zuneigung gegenüber der neuen Partei andererseits. So schrieb Norbert Bolz in Cicero zur Mitgliedschaft der Piratenpartei: „Sie sind jung, gebildet, ehrgeizig; sie arbeiten in den Universitäten, Telekommunikationsgesellschaften, Medienhäusern und Banken; sie sind tolerant, vernünftig, medienkompetent und keineswegs unpolitisch. Diese Netzbürger haben eine große Leidenschaft: den freien Fluss der Information. Jeder soll sprechen und gehört werden können. Ihr Wunsch nach mehr direkter Demokratie wendet sich vor allem an die Welt des Digitalen. Man kann deshalb vermuten, dass wir wieder vor einem Wechsel des Leitmediums der Politik stehen.“<sup>24</sup>

## 5.1 EUROPAWAHL 2009

Jenseits dieser subjektiv gefärbten Einschätzungen bietet der Blick auf die Wahlergebnisse der Partei und die Analyse mit den Strukturdaten eine zweite Möglichkeit, Aussagen zur Mitgliederstruktur vorzunehmen. Diesen Weg hat der Blogger und Onlinejournalist Alexander Svensson gewählt, der u. a. für den Norddeutschen Rundfunk arbeitet. Auf Basis der Daten des Bundeswahlleiters zur Europawahl, bei der die Piratenpartei 0,9 Prozent bekam, hat er gefragt, wie sich Piraten-Hochburgen und Piraten-Diaspora unterscheiden. Von den 413 Wahlkreisen hat er 64 dann als Hochburg identifiziert, wenn die Piratenpartei dort 1 Prozent oder mehr bekommen hat. Ebenfalls 64 Wahlkreise hat er als Diaspora bezeichnet, wenn die Partei in diesen Kreisen weniger als 0,6 Prozent bekommen hat. Auf dieser Basis und unter Hinzuziehung der vom Bundeswahlleiter veröffentlichten Strukturdaten zu den Kreisen nimmt er folgende Aussagen vor:<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Norbert Bolz: Wer hat Angst vor der Freiheit? In: Cicero 11/2009, S. 62-71, S. 71.

<sup>25</sup> Vgl. Alexander Svensson: Auf Piratensuche. Hochburgen und Diaspora der Piratenpartei, abrufbar unter: <http://www.wortfeld.de/2009/06/auf-piratensuche/> (abgerufen am 13.08.09).

- In den Hochburgen gibt es mehr junge Erwachsene und weniger Kinder als den Diaspora-Kreisen.
- In den Hochburgen der Piratenpartei liegt die Bevölkerungsdichte höher als in den Diaspora-Kreisen.
- In den Hochburgen ist der Anteil der Abiturienten deutlich höher.
- Die Hochburgen sind v. a. Universitätsstädte wie Flensburg, Karlsruhe, Kiel u. a.

Dabei fällt auf, dass es sich bei den Wahlkreisen mit höchsten Werten bei der Europawahl 2009 um Wahlkreise mit Universitäten bzw. Fachhochschulen handelt, die vergleichsweise große Fachbereiche für Informatik und mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer haben.

Werden allerdings die absoluten Zahlen vergegenwärtigt, die bei der Europawahl auch in „Hochburgen“ auf die Piratenpartei entfielen, scheint die Aussagekraft der vorgenommenen Analyse begrenzt. In Flensburg, nach Svensson mit 2,1 Prozent eine Piraten-Hochburg, entsprach dieser Stimmenanteil 476 Stimmen. Im Wahlkreis Aachen, in dem die Piraten 1,7 Prozent bekommen hatten, entsprach dies 1.459 Stimmen. In Berlin entsprachen die auf die Piratenpartei entfallenen 1,4 Prozent 12.063 Stimmen.

Trotz dieser Zahlen wurde die Piratenpartei in der Berichtserstattung als besonders erfolgreiche Partei beschrieben; im Nordbezirk des Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg habe die Partei 9,5 Prozent der Stimmen bekommen – was 48 Stimmen entspricht.

## **5.2 BUNDESTAGSWAHL 2009**

Auch ihr Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 mit insgesamt 2,0 Prozent bietet, so die Publizistik, mehrere Besonderheiten. Im Hamburger

Stadtteil Veddel erzielte sie mehr Stimmen als die CDU, die CDU kam auf 10,2, die Piratenpartei auf 10,6 Prozent der Stimmen. Auch in anderen Stadtteilen der Metropole (St. Pauli 6,8 %, Sternschanze 6,6 %) lag die Partei über ihrem Bundesschnitt. Hier, wie im gesamten Bundesgebiet, waren es vor allem junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren, die die Piratenpartei wählten.<sup>26</sup> Auch im Bund sind es jüngere Männer, die die Wählerschaft dominieren. Bei den 18- bis 24-jährigen Männer kommen sie auf zwölf und bei den 25- bis 34-jährigen auf sechs Prozent. Bei den 18- bis 24-jährigen Frauen kommen sie auf 5, bei den 25- bis 34-jährigen Frauen auf 2 Prozent. Bei älteren Wählern sind sie mit höchstens zwei Prozent in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen, mit 1 Prozent bei den 45- bis 59-Jährigen kaum vertreten. Geschlechterübergreifend erzielten sie in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen 9 Prozent, bei den 25- bis 34-Jährigen noch 4 Prozent. Hohe Zustimmung können sie bei jungen, tendenziell höher Gebildeten, aber auch Arbeitslosen sowie Konfessionslosen verbuchen.<sup>27</sup>

Die regionalen Schwerpunkte liegen in Großstädten, neben Hamburg mit 2,6 Prozent sind dies vor allem Nürnberg (3,2 %), Hannover (2,8 %) und Berlin. Hier holte sie 3,4 Prozent, im Wahlkreis Berlin-Mitte 4,2 Prozent, im Wahlkreis Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost 6,0 Prozent. Je höher die Einwohnerdichte, desto besser fiel auch das Wahlergebnis für die Piratenpartei aus. Ihre tendenziell besseren Ergebnisse erzielte die Partei in Wahlkreisen, in denen Bündnis 90/Die Grünen stark (Wahlergebnisse von 7 % und mehr bei BTW 2005) und in denen Union und FDP eher schwach (Wahlergebnisse unter 21 % bzw. 6,5 % bei BTW 2005) verankert sind.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Analyse der Bundestagswahl am 27. September 2009 in Hamburg, abrufbar unter [http://www.statistik-nord.de/uploads/tx\\_standdocuments/BTW200909\\_Wahlanalyse.pdf](http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/BTW200909_Wahlanalyse.pdf) (abgerufen am 15.10.09) sowie Artikel: Piratenpartei kapert mehr Stimmen als die CDU, in: Hamburger Abendblatt v. 29.09.09.

<sup>27</sup> Vgl. Infratest dimap: Wahlreport zur Bundestagswahl 2009, S. 55-57.

<sup>28</sup> Vgl. Infratest dimap: Wahlreport zur Bundestagswahl 2009.

Ergebnisse in den Ländern: Thüringen und Brandenburg jeweils 2,5%, Bremen und Sachsen-Anhalt jeweils 2,4%, Mecklenburg-Vorpommern 2,3%, Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg jeweils 2,1%, Niedersachsen und Bayern jeweils 2,0%, Rheinland-Pfalz 1,9%, Saarland 1,5%. In Sachsen nicht angetreten.

### 5.3 WEITERE WAHLEN

Die erste Teilnahme der deutschen Piratenpartei erfolgte zur hessischen Landtagswahl am 27.01.2008; sie erlangte 0,25 Prozent (6.962 Stimmen). Am 24.02.2008 trat sie zur Hamburger Bürgerschaftswahl an und bekam 0,23 Prozent der Stimmen (1.773 Stimmen). „Alles in allem also einer Splitterpartei angemessene Ergebnisse.“<sup>29</sup>

Bei der ersten Wahl des „Superwahljahres“ 2009 verdoppelte die Partei ihr Ergebnis in Hessen, wo es zur Neuwahl am 18.01.2009 gekommen war. Ihre Wählerschaft wuchs auf 13.796 Stimmen und 0,53 Prozent. Bei den Europawahlen am 7. Juni vereinigte die Piratenpartei bundesweit 0,9 Prozent der Stimmen auf sich. Ihr schlechtestes Ergebnis holten die Piraten in Bayern mit 0,7 Prozent, jeweils 0,8 Prozent erlangten sie in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. In Thüringen, Schleswig-Holstein, Saarland, Hessen, Brandenburg und Baden-Württemberg erlangten sie 0,9 Prozent. Überdurchschnittliche Ergebnisse erreichten sie mit jeweils 1,1 Prozent in Bremen und in Sachsen, mit 1,2 Prozent in Hamburg und mit 1,4 Prozent in Berlin.<sup>30</sup>

Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen am 30.08.2009 trat die Piratenpartei nur in Aachen und Münster an und erlangte 1,7 bzw. 1,6 Prozent der Stimmen und jeweils ein Mandat in den Stadtparlamenten.<sup>31</sup> Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 30.08.2009 wurden 1,9 Prozent der Stimmen für die Piratenpartei abgegeben.<sup>32</sup> Bemerkenswert sind die Zu-

---

<sup>29</sup> Bartels: Die Piratenpartei, S. 118.

<sup>30</sup> Vgl. Bundeswahlleiter: Endgültige Landesergebnisse zur Europawahl, abrufbar unter [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_09/ergebnisse/landesergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/landesergebnisse/index.html)

<sup>31</sup> Vgl.

[http://www.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/2009/Stadtraete\\_kreistage/index.html](http://www.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/2009/Stadtraete_kreistage/index.html) (abgerufen am 15.09.09).

<sup>32</sup> Vgl. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW09](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09) (abgerufen am 15.09.09).

wächse, die die Partei im Vergleich zur Europawahl am 07.06.2009 verbuchen konnte, auch wenn freilich konstatiert werden muss, dass die Europawahl aufgrund vieler Faktoren (Einschätzung ihrer Bedeutung durch die Wähler etc.) immer als Sonderfall gelten muss und deshalb Relationen zu ihr immer mit Vorsicht genossen werden müssen: In Münster wuchs der Stimmenanteil von 1,1 auf 1,6 Prozent, bei den sächsischen Landtagswahlen stieg der Stimmenanteil von 1,1 Prozent bei der Europawahl auf 1,9 Prozent. In den Großstädten wurde die Wählerschaft in dieser kurzen Zeitspanne verdoppelt: in Leipzig von 2.871 (1,7 %) auf 5.687 (2,7 %), in Dresden von 3.869 (1,9 %) auf 8.027 (3,43 %), im Wahlbezirk Dresden bekam die Piratenpartei 4,8 Prozent.<sup>33</sup>

## 6. INHALTLICHE SCHWERPUNKTE UND PROGRAMMATISCHE(S) PROFIL(LOSIGKEIT)

Der programmatische Anspruch und das Selbstverständnis der Piratenpartei leiten sich von einer Beobachtung ab, die sie in der Präambel ihres Grundsatzprogramms ausformuliert. Dort heißt es: „Im Zuge der Digitalen Revolution aller Lebensbereiche sind trotz aller Lippenbekenntnisse die Würde und Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise gefährdet. Dies geschieht zudem in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung und die staatliche Gesetzgebung ebenso überfordert wie den Einzelnen selbst. Gleichzeitig schwinden die Möglichkeiten, diesen Prozess mit demokratisch gewonnenen Regeln auf der Ebene eines einzelnen Staates zu gestalten dahin. [...] Nicht zuletzt die falschen Antworten auf diese Herausforderung leisten einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft Vorschub. [...] Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesell-

---

<sup>33</sup> Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 125-128.

schaft. Nur auf ihrer Basis kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen.“<sup>34</sup>

## 6.1 INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG UND DATENSCHUTZ

Inhaltlich ist die Piratenpartei monothematisch aufgestellt: Der Fokus liegt auf der Freiheit im Netz. Hiervon leiten sich alle Forderungen ab. Um die Privatsphäre zu schützen und die Nutzung eigener Daten kontrollieren zu können, fordern die Piraten die Gewährleistung, dass Datenschutzbeauftragte unabhängig agieren können, Bewegungsprofile, Lauschangriff und Rasterfahndung sollen nicht ohne Anfangsverdacht möglich sein, Massendatenspeicherung, Erhebung biometrischer Daten, Online-Durchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung lehnen sie ab. Ihre Perzeption deutscher Rechtspolitik: „Der Rechtsstaat wandelt sich in einen Überwachungsstaat, wie wir es von Diktaturen kennen.“<sup>35</sup>

## 6.2 URHEBERRECHT

Die zentrale Forderung der Piratenpartei lautet „Freier Zugang zu Wissen für alle“. Vor dem Hintergrund dieses Maßstabes ist auch die Positionierung beim Urheberrecht zu sehen. Die Piraten argumentieren, „die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken“ lasse sich „nicht sinnvoll einschränken“ und fordern, „das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern, denn dies stellt eine essentielle Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dar.“ Es solle also ein „Recht auf Privatkopien

---

<sup>34</sup> Piratenpartei: Grundsatzprogramm, S. 2, abrufbar unter <http://www.piratenpartei.de/files/Parteiprogramm.pdf> (abgerufen am 13.08.09).

<sup>35</sup> Zitiert nach Piratenpartei: Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung, abrufbar unter <http://www.piratenpartei.de/node/154> (abgerufen am 13.08.09).

und ein Ende der Kriminalisierung von Tauschbörsennutzern“ erreicht werden.<sup>36</sup>

In der mit Kulturkampftönen gespickten Urheberrechtsdiskussion<sup>37</sup> fordert die Piratenpartei nicht die Abschaffung des Urheberrechts, aber Veränderungen. So soll die Dauer des Urheberschutzes „auf einen Zeitraum bis maximal zum Tode des Urhebers“<sup>38</sup> begrenzt werden (bisher 70 Jahre nach Tod des Autors geschützt). Die Regelungen für gewinnorientierte Zwecke sollen weiterhin gelten. Die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken jedoch erlaubt werden. Zusammengefasst, so der stellvertretende Bundesvorsitzende in einem Artikel zum Thema „Warum die Piraten keine Kostenlospartei sind“, bedeute „die erste und wichtigste Forderung [...]: Urheberrecht muss ein kommerzielles Recht sein, d.h., es muss ein Recht auf freie Privatkopie geben.“<sup>39</sup>

Während etwa die Unterzeichner des Heidelberger Appells auf den Schutz des Urheberrechts als Voraussetzung künstlerischer und wirtschaftlicher Freiheit verweisen,<sup>40</sup> lehnt die Piratenpartei schon den Begriff des „geistigen Eigentums“ ab. „Es gibt so etwas wie »geistiges Eigentum« nicht. Das ist ein Kampfbegriff der Verwertungsindustrie. Auch Künstler erschaffen ein Werk nicht einfach aus dem Nichts. Sie greifen auf den Wissens- und Kulturschatz der Allgemeinheit zu und konstruieren durch Kombination und Modifikation etwas neues.“<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl. Piratenpartei: Grundsatzprogramm, S. 3, abrufbar unter <http://www.piratenpartei.de/files/Parteiprogramm.pdf> (abgerufen am 13.08.09).

<sup>37</sup> Vgl. z. B. Jörg Plath: Ein Kulturkampf ums Urheberrecht, in: Stuttgarter Zeitung v. 07.05.09; Joachim Güntner: Der Kampf ums Urheberrecht hat viele Schauplätze, in: NZZ v. 02.05.09; Kolja Reichert: Seitenweise Schutz, in: Tagesspiegel v. 02.05.09; Hendrik Werner: Ablasshandel in Sachen geistiger Enteignung, in: Welt v. 28.04.09.

<sup>38</sup> [http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2009/Wahlprogramm](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm) (abgerufen am 01.10.09).

<sup>39</sup> Zitiert nach Bartels: Die Piratenpartei, S. 157.

<sup>40</sup> Vgl. Für Publikationsfreiheit und Wahrung der Urheberrechte. Heidelberger Appell, abrufbar unter: <http://www.textkritik.de/urheberrecht/index.htm> (abgerufen am 10.05.09) sowie Julia Franck: Das Internet gefährdet die Existenz der Autoren. Interview mit Welt v. 13.05.09.

<sup>41</sup> Alexander Popp, stellvertretender Vorsitzender der Piratenpartei, zitiert nach: Bartels: Die Piratenpartei, S. 132.

Dieter Gorny, Vorsitzender des Bundesverbands Musikindustrie, kritisiert die Gratismentalität der Piratenpartei: „Alles, immer, umsonst und sofort. Mit diesen vier Worten lässt sich kurz und kompakt die Position der Piratenpartei beschreiben, wenn es um das Thema Urheberrecht in der digitalen Welt geht. Musik, Filme, Bücher, Software, Zeitungen und Zeitschriften. Alles, wofür wir in der analogen, physischen Welt bisher bezahlen mussten, soll nach dem Willen einer selbsternannten Netzelite künftig immer und überall verfügbar und natürlich möglichst kostenlos sein. Das selbstverständlich zum Wohle aller:

- der geknebelten Musiker, Drehbuchschreiber, Schauspieler, Autoren und Softwareentwickler, die endlich die Fesseln einer repressiven Unterhaltungs- und Medienindustrie abstreifen können, um sich frei zu entfalten und mit ihren Fans und Lesern in direkten Kontakt zu treten.
- der Konsumenten, die endlich nicht mehr mit vorgehaltener Pistole dazu gezwungen werden, für kulturell minderwertige Massenware oder fehlerhafte Software überhöhte Preise zu bezahlen.
- der Wirtschaft, weil die Befreiung von den Besitzrechten des geistigen Eigentums ungeahnte ökonomische Kräfte freisetzen wird.

Schöne neue Welt, wenn da nicht das blöde Urheberrecht wäre.“<sup>42</sup>

Die Piraten argumentieren dagegen schlicht mit der Unmöglichkeit, die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken technisch einschränken zu können. Dem Vorwurf der „Gratismentalität“ wird hier mit Verweis auf einen „Graben des Nichtverstehens zwischen Online und Offline“ begegnet. Demnach gibt es „eine neue, andere Art von Kulturschaffenden, eine, die von der Politik und den traditionellen Kreativen nicht oder nicht vollständig“ verstanden werde. Im Internet gebe es eine neue Kultur der Zusammenarbeit; eine kooperative Internetkultur, in der Dateitausch etwas Gutes sei. „Natürlich ist da kein Schuldgefühl, in einer kooperativen Kultur ist

---

<sup>42</sup> Dieter Gorny: Alles! Immer! Umsonst! Sofort!, abrufbar unter <http://www.stern.de/kultur/musik/pro-contra-ist-das-urheberrecht-noch-zeitgemaess-1503756.html> (abgerufen am 11.01.10).

so etwas ja auch ein Dienst, etwas Gutes, der Erhalt und die liebevolle Pflege eines Stücks Kultur. Es schafft Kultur.“ Es gebe „Unterschiede im Denken“. <sup>43</sup>

### 6.3 OPEN ACCESS

Die Ergebnisse staatlich finanzierter oder geförderter Forschung sollen frei zugänglich sein, so die Forderung der Piratenpartei. Sie begründen dies mit der Förderung der Forschung durch Steuergelder: „Mit öffentlichen Geldern geförderte Arbeit muss [...] auch der Öffentlichkeit zugute kommen. Noch immer sind viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung erhältlich, und das, obwohl dank moderner Technik die Reproduktion der Werke praktisch kostenlos erfolgen kann. [...] Open Access heißt daher für uns, dass mit öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeit und daraus resultierende Publikationen für jeden Menschen kostenfrei zugänglich sein müssen.“ <sup>44</sup> Das Prinzip soll in Wissenschaft und Forschung sowie der öffentlichen Verwaltung und auch für Software, deren Erstellung mit öffentlichen Mitteln gefördert worden ist, gelten.

Die Piratenpartei bezieht damit Stellung in einem Konflikt, in dem sich auch die deutschen Wissenschaftsorganisationen (u. a. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Frauenhofer-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft) für open access ausgesprochen haben. <sup>45</sup>

### 6.4 PATENTRECHT

Patente auf Lebewesen und Gene, Geschäftsideen und Software lehnt die Partei ab, „weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern,

---

<sup>43</sup> Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 161-163 sowie Kristian Köhnopp: „Dir fehlen die Worte“ oder „Die Position der Piratenpartei zum Urheberrecht in einer Flatrategesellschaft“, abrufbar unter <http://blog.koehnopp.de/archives/2531-Dir-fehlen-die-Worte-oder-Die-Position-der-Piratenpartei-zum-Urheberrecht-in-einer-Flatrategesellschaft.html> (abgerufen am 10.12.09).

<sup>44</sup> Zitiert nach Bundestagswahlprogramm, abrufbar unter [http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2009/Wahlprogramm](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm) (abgerufen am 13.08.09).

<sup>45</sup> Vgl. Hendrik Werner: Offener Zugang zum akademischen Weltwissen, in: Welt. v. 18.11.09 sowie Johan Schloemann: Die Wissenschaft im Netz, in: Süddeutsche Zeitung v. 15.07.09.

weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren“. Das Patentsystem behindere Innovationen, schütze sie nicht und schaffe Monopole (mit negativen Folgen für Preise und Beschäftigte). Patente würden genutzt, um anderen Akteuren den Zugang zu Märkten zu verhindern. Daher sei das Patentsystem zu reformieren.<sup>46</sup> In welche Richtung es konkret gehen soll, ob das Patentrecht überhaupt reformiert oder abgeschafft werden soll, ist noch nicht klar.<sup>47</sup>

## 6.5 TRANSPARENZ

Auf allen politischen Ebenen soll das „Prinzip der Geheimhaltung“ in ein „Prinzip der Öffentlichkeit“ umgewandelt werden. Dies bedeute, dass jeder Bürger „unabhängig von der Betroffenheit und ohne den Zwang zur Begründung das Recht auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung [hat], Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen“. Allerdings soll dieses Recht seine Schranken finden „in den Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, der nationalen Sicherheit, zur Verhinderung von Straftaten und ähnlichem“.<sup>48</sup>

## 6.6 BILDUNG

Jenseits des Internets hat die Piratenpartei auch beim Thema Bildung eine Position formuliert. Hier fordern sie „das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung“ für jeden. Damit geht die Ablehnung jeglicher Bildungsgebühren einher. Der Staat müsse die Infrastruktur finanzieren und frei zur Verfügung stellen. „Private Finanzierung öffentlicher Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich zu begrüßen, solange sie keinen Einfluss auf die bestehenden Lehrinhalte hat.“<sup>49</sup> Da Bildung ein individueller Prozess

---

<sup>46</sup> Vgl. Piratenpartei: Grundsatzprogramm, S. 6, abrufbar unter <http://www.piratenpartei.de/files/Parteiprogramm.pdf> (abgerufen am 13.08.09).

<sup>47</sup> Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 176-177.

<sup>48</sup> Vgl. <http://www.piratenpartei.de/node/215/10101> (abgerufen am 13.08.09).

<sup>49</sup> Zitiert nach Bundestagswahlprogramm, abrufbar unter [http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2009/Wahlprogramm](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm) (abgerufen am 13.08.09).

sei, lehnt die Partei starre Lehr- und Stundenpläne sowie Kopfnoten ab. Sie fordern eine angemessene Einflussnahme der Lernenden auf Bildungseinrichtungen (Demokratisierung der Bildungseinrichtungen). Bartels fasst zusammen: „Diese doch eher wenig revolutionären Forderungen werden flankiert von einem Meer an Phrasen (»Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft«), die auch in den Programmen der oft als Offline-Parteien verspotteten Politikkonkurrenten ihren Platz haben.“<sup>50</sup>

Eine programmatische Festlegung anhand des gängigen Links-Rechts-Schemas nimmt die Piratenpartei explizit nicht vor. „Links oder rechts – je nach Thema“<sup>51</sup> oder „Dazu haben wir keine Position“<sup>52</sup> lautet das selbst gewählte Credo. Frank Schirrmacher konstatierte im September 2009: „Die jungen Vertreter des alten Parteiensystems haben mit wachem Instinkt festgestellt, dass die »Piraten« zwar einerseits kommerzfeindlich (Kopierschutz), in einigen ihren Strömungen partiell marxistisch (Vergesellschaftung der Inhalte), aber andererseits in ihrem Individualismus auch durchaus neoliberal sind.“<sup>53</sup>

Vielfach wird der Partei eine programmatische Nähe zu Bündnis 90/Die Grünen attestiert. Es bestünden aber, da die Partei in vielen inhaltlichen Fragen, keine Position bezieht, sondern sich „neutral“ gibt, potentielle Schnittmengen zu Grüne, Linke, FDP und SPD. Nur zur Union, so die Analyse während des Bundestagswahlkampfes 2009, bestehe eine deutliche Distanz.<sup>54</sup>

---

<sup>50</sup> Bartels: Die Piratenpartei, S. 180.

<sup>51</sup> So der Vorsitzende des hessischen Landesverbands der Piratenpartei Jürgen Erkmann, zitiert nach Jürgen Erkmann: „Links oder rechts – je nach Thema“ Interview mit Frankfurter Rundschau v. 22.10.09.

<sup>52</sup> Zitiert nach Laura Himmelreich: Bereit zum Entern, abrufbar unter <http://www.stern.de/wahl-2009/bundestagswahl/piratenpartei-bereit-zum-entern-1511369.html> (abgerufen am 30.10.09).

<sup>53</sup> Frank Schirrmacher: Die Revolution der Piraten, in: FAS v. 20.09.09.

<sup>54</sup> Vgl. Thorsten Faas: Piratenpartei: Klar zum Entern des Parteiensystems, abrufbar unter [http://blog.zeit.de/politik-nach-zahlen/2009/09/16/piratenpartei-klar-zum-entern-des-parteiensystems\\_1941](http://blog.zeit.de/politik-nach-zahlen/2009/09/16/piratenpartei-klar-zum-entern-des-parteiensystems_1941) (abgerufen am 25.09.09).

## 7. ETABLIERUNGSSCHANCEN

### 7.1 PARTEIENSYSTEMWANDEL UND REPRÄSENTATIONSLÜCKEN

Seit Jahren deuten Indikatoren der Parteiensystemforschung auf einen Wandel des Parteiensystems hin mit den Kennziffern: zunehmendes Format, also der Zunahme parlamentarisch vertretener Parteien, gestiegene Fragmentierung, Zerfall der strukturellen Asymmetrie, Verlust der elektoralen Mobilisierungsfähigkeit der Großparteien, volatilere Wählerschaft, Rückgang der Segmentierung und Aufkommen neuer Koalitionsoptionen.<sup>55</sup> Das ehemals von zwei Großparteien dominierte deutsche Parteiensystem zeigt Pluralisierungstendenzen: Neue Parteien haben es leichter in diesem nicht mehr festgefügtten Volksparteiensystem zu reüssieren. Bei der Bundestagswahl 2005 haben noch rund 70 Prozent der Stimmberechtigten für die beiden Großparteien Union und SPD votiert. Das ist der niedrigste Wert seit 1949. Zugleich legten die unter Sonstigen zusammengefassten Parteien um einen Prozentpunkt auf 4 Prozent im Vergleich zu 2002 zu. Das ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, in der die Großparteien an Zustimmung verloren haben. Es ist eine Situation im Parteiensystem entstanden, in der es kleinen Parteien eher gelingen kann, Fuß zu fassen. Ein Blick auf die Landesebene verstärkt diesen Eindruck noch.<sup>56</sup>

Erklärt werden diese Entwicklungen u. a. mit Individualisierung, der Auflösung und Schrumpfung sozialer Großgruppen und gesellschaftlicher Differenzierung. Gruppenkohäsion, kollektive und gruppenspezifische Orientierungsschemata, Tradition und Milieubindung spielen als wahlentscheidende Motive eine geringere Rolle. Es sind Integrations- und Repräsentations-

---

<sup>55</sup> Vgl. z. B. Oskar Niedermayer: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 9-35 sowie Heinrich Oberreuter: Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft? In: Volker Kronenberg / Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Freiburg i. Br. 2009, S. 43-59.

<sup>56</sup> Vgl. Hans-Jörg Dietsche: Eine »Renaissance« der kleinen Parteien? Zu den Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Parteien im deutschen Volksparteiensystem, in: Uwe Jun / Henry Kreikenbom / Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a. M. 2006, S. 58-74.

lücken entstanden – so auch bei Internetthemen. Daher, so Robin Meyer-Lucht, Herausgeber des mit dem Grimme-Preis ausgezeichneten Blog „Carta“, werde das „klassische Parteiensystem im Internet gerade abgewählt. Die Parteien haben es nur noch nicht gemerkt“<sup>57</sup>. Die etablierten Parteien seien zwar im Netz aktiv. Sie würden aber übersehen, dass es nicht nur darauf ankommt, Web 2.0-Instrumente zu nutzen, sondern auch über Netzthemen, wie bspw. das Urheberrecht, zu diskutieren. Neben der inhaltlichen zeige sich außerdem eine generationenspezifische Komponente. Internetspezifische Themen mit einem hinreichenden Maß an Sachverstand zu diskutieren, sei vor allem jungen Nutzern möglich, die mit dem Internet „aufgewachsen“ sind („Generation C 64“). „Die zentralen Fragen der Wissensgesellschaft“, so Hendrik Speck, Professor für Digitale Medien an der Fachhochschule Kaiserslautern, „werden derzeit neu verhandelt, aber sie werden von Offline-Politikern verhandelt, die sich ihre E-Mails ausdrucken lassen. Diejenigen, die mit dem Internet täglich arbeiten, die mit dem Netz aufgewachsen sind, haben in Deutschland keine Lobby.“<sup>58</sup>

Die Piratenpartei meint, eben diese Lobby bieten zu können, womit sie auf den ersten Blick auch eine klar umrissene Zielgruppe hat. Es handelt sich um netzaffine, junge, besser Ausgebildete, unter denen es viele Politikinteressierte gibt, die sich von den Parteien nicht berücksichtigt fühlen. Die Gefahr, dass die Etablierten diese Klientel verlieren und sich Sprachlosigkeit zwischen Netzaffinen und etablierten Parteien einstellt, aber auch das nicht gerade geringe Selbstbewusstsein dieser Zielgruppe wird in der Erklärung des SPD-Online-Beirats deutlich, die dieser nach der Zustimmung der SPD zum Zugangserschwerungsgesetz veröffentlichte.<sup>59</sup> „Die SPD ist dabei, sich für die Digitale Generation unwählbar zu machen. Das wird

---

<sup>57</sup> Zitiert nach Alexander Missal: Zwischen Design und Dialog: Politik im Internet, dpa-Meldung vom 20.07.09.

<sup>58</sup> Zitiert nach Marcel Rosenbach / Hilmar Schmundt: Aufstand der Netzbürger, in: Spiegel v. 03.08.09.

<sup>59</sup> Zu den inhaltlichen Gründen zählten für die Unterzeichner des Beirats: es werde ein Zensurmechanismus errichtet, der Kampf gegen Kinderpornografie sei wichtig, die Netzsperrern aber ineffektiv.

sich bereits bei der Bundestagswahl niederschlagen [...]. Eben die Klientel, die Barack Obama zum mächtigsten Mann der Welt gemacht hat, die Multiplikatoren im Netz nämlich, sehen in den Netzsperrern einen Verrat an allen Werten, die die SPD ausmachen: Demokratie, Fortschritt, Teilhabe. Es gibt eine handvoll lauter Stellvertreter dieser Generation; hinter ihnen stehen die 130.000 Mitzeichner der erfolgreichsten Petition aller Zeiten – aber auch die vielen Millionen jungen Menschen, die zum Teil schon wählen können und für die das Netz nicht einfach ein weiterer Medienkanal ist. Sondern der Ort, wo die Gesellschaft, ihre Gesellschaft stattfindet. Unwählbarkeit bedeutet hier für eine Partei also, sich jede Zukunftschance zu vernichten.“<sup>60</sup> Dass weite Teile der Netzaktiven der SPD kritisch gegenüberstehen, ist vor allem auf das anbietende Agieren der SPD gegenüber den Aktiven zurückzuführen. Es entstand der Eindruck, dass die Sozialdemokraten allenfalls Wahlkampf und Public Relations (z. B. „Piraten in der SPD“) unter Rückgriff auf Netzaktivisten machen, nicht aber zu einer ernsthaften Debatte bereit sind.<sup>61</sup>

## 7.2 EIN-THEMEN-PARTEI UND ORGANISATIONSTÄRKE

Die Piratenpartei wendet sich an die Zielgruppe, die sich als „Digitale Generation“ versteht und dies auch selbstbewusst artikuliert. Damit geht ihr selbst gewählter und aufrecht erhaltener Status als Ein-Themen-Partei einher. Anders als die Grünen, die sich schon in ihrer Gründung in den Politikfeldern Umwelt und soziale Gerechtigkeit positionierten, beanspruchen die Piraten eher den Kurs der Autofahrer-Partei: freie Fahrt und freies Netz.

---

<sup>60</sup> Stellungnahme des SPD Online-Beirats zu Netzsperrern, abrufbar unter: <http://luma.de/2009/06/17/stellungnahme-des-spd-online-beirats-zu-netzsperrern/> (abgerufen am 05.08.09).

<sup>61</sup> Vgl. z. B. Martin Haase: Politischer Immaterialismus. Interview mit Telepolis, abrufbar unter <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31296/1.html> (abgerufen am 30.10.09) sowie Presseerklärung der Piratenpartei vom 27.07.09: „Piraten“ in der SPD, abrufbar unter <http://89.238.67.24/piratenupdate/202-qpirateng-in-der-spd.html> (abgerufen am 01.09.09) sowie Anonymous: No we can't. Wie die SPD im Netz Wähler gewinnen wollte und kläglich scheiterte, in: Der Freitag vom 23.09.09.

In Analogie zum inhaltlichen Gehalt der „Single-Issue-Partei“ schafft es die Piratenpartei, auch in organisatorischer Hinsicht als Internetpartei aufzutreten – und so organisatorische Defizite einer Kleinpartei zu kompensieren. Sie beansprucht, basisdemokratisch organisiert zu sein und ihre Mitglieder und Aktivisten in höchstem Maße an Entscheidungen durch die Nutzung von Web 2.0-Instrumenten zu beteiligen.<sup>62</sup> So haftet ihr in inhaltlicher und organisatorischer Perspektive der Nimbus des Neuen an. Sie ist die Alternative im Vergleich zu etablierten „Großtankern“ und geriert sich als neue Anti-Parteien-Partei. Eine organisatorische Schwäche kann der Piratenpartei vor dem Hintergrund ihrer jungen Geschichte (noch) nicht attestiert werden. Online, aber auch offline zeigt sie Präsenz, wenngleich ihre finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind. Diese Begrenzung wird von der Aktivität der Mitglieder kompensiert. So schafft es die Partei, auch Präsenz bei Demonstrationen zu zeigen, die nicht unmittelbar ihre Kernthemen betreffen. Sie beteiligte sich etwa an den Studentenprotesten 2009 und Protesten gegen Bauvorhaben.<sup>63</sup>

Werden Presseanalysen und Aussagen junger Blogger aus dem Umfeld der Unionsparteien zugrunde gelegt, schafft es die Piratenpartei, in vielen Kreisen, Städten und Gemeinden durch vielfältige Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen.<sup>64</sup> Die Parteiarbeit gestaltet sich damit dezentral und weniger durch die Parteispitze gesteuert.

Aus dem Charakter als neue „Anti-Parteien-Partei“ entsteht dann ein Problem, wenn sich die Partei parlamentarisch etablieren wollte. „Will eine Kleinpartei mehr als die Funktion »eines Auffangbeckens der ewig Unzufriedenen« wahrnehmen und politische Ideen und Innovationen nicht nur entwickeln, sondern auch durchsetzen, wird ihr das nicht als reine Protest-

---

<sup>62</sup> Vgl. z. B. Marc Widmann: Die Internet-Romantiker, sueddeutsche.de v. 15.09.09, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/240/487644/text/> (abgerufen am 01.10.2009).

<sup>63</sup> Vgl. z. B. Stephen Bench-Capon u. a.: Aus den Hörsälen auf die Straße, abrufbar unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Studentenproteste-Kreuzberg-Mitte;art270,2952288> (abgerufen am 23.11.09 sowie dpa-Meldung v. 16.11.09: Hunderte demonstrieren gegen Mauerpark-Projekt.

<sup>64</sup> Vgl. z. B. Ralf Praschak: Piraten gegen „Stasi 2.0“ in der Stadtbibliothek, in: Giessener Zeitung v. 10.11.09.

oder Ein-Themen-Partei gelingen, sondern nur als etablierter Teil des Parteiensystems.“<sup>65</sup> Zögerlich hat die Piratenpartei dementsprechend begonnen, ihr Themenspektrum zu erweitern; schon im Bundestagswahlkampf hat sie sich an dem von der Bundeszentrale für politische Bildung betriebenen Wahl-O-Mat beteiligt. Die dort vorgegebenen 38 Thesen wurden von der Piratenpartei bis auf acht alle beantwortet. Damit hat sie zu verschiedenen Themen Stellung bezogen, die im Folgenden im Anschluss an Jan Bartels wiedergegeben werden:<sup>66</sup>

- Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan: Kritik am Einsatz, aber keine Einigkeit, ob Abzug eine Lösung darstellt.
- Bildung: Ablehnung jeglicher Bildungsgebühren, keine Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter, für elternunabhängiges BAföG, „weichere Gestaltung“ der Trennung zwischen den Schulformen.
- Innen- und Sicherheitspolitik: Ablehnung von Onlinedurchsuchungen, tendenziell gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern, Einführung von Volksbegehren auf Bundesebene, Abschaffung der Wehrpflicht, für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts auch für Nichtdeutsche.
- Familien- und Gesundheitspolitik: gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes, für ein vollständiges Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Abschaffung der Praxisgebühr.
- Umwelt- und Energiepolitik: Laufzeitverlängerungen „erscheinen uns [...] zu diesem Zeitpunkt wenig sinnvoll“, kein generelles Tempolimit auf Autobahnen, gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel.
- Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik: gegen eine staatliche Deckelung der Managergehälter (verstoße gegen das Subsidiaritätsprinzip), gegen staatliche Hilfsmittel für Banken, keine Steuersenkungen für Unternehmen, keine gesetzliche Ausbildungsplatzgarantie, aber direkte Förderung und staatliche Alternativen (z. B. „Ausbildungs-

---

<sup>65</sup> Vgl. Uwe Jun / Henry Kreikenbom: Nicht nur im Schatten der Macht. Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem, in: Uwe Jun / Henry Kreikenbom / Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a. M. 2006, S. 39-36, S. 26.

<sup>66</sup> Vgl. im Folgenden Bartels: Die Piratenpartei, S. 226-236.

schulen“), keine gesetzliche Frauenquote bei der Besetzung von Führungspositionen, keine Bahnprivatisierung, Kopplung der Rentnentwicklung an die Lohnentwicklung, kein generelles Rüstungsexportverbot, zu den Themen flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, Lockerung des betrieblichen Kündigungsschutzes, Einführung der Vermögenssteuer und Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze sei der innerparteiliche Debattenprozess noch nicht abgeschlossen.

- Weitere Aussagen: Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, die christliche Werte sowie Werte der Aufklärung und des Humanismus umfasse, kein ausnahmsloses Verbot von Tierversuchen.

### **7.3 INTEGRATIONSFÄHIGKEIT EINES HETEROGENEN WÄHLER- UND ANHÄNGERMILIEUS**

Die Darstellung zeigt, dass die Partei zwar ihr Themenspektrum erweitert hat. In der Außenpolitik nimmt sie allerdings keine Positionierung vor. Da sie die zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen (Mindestlohn, Kündigungsschutz, Vermögenssteuer und Hartz-IV-Regelsätze) nicht beantwortet, ist auch eine Gruppierung im Parteienwettbewerb schwerlich möglich. Diese Offenheit ermöglicht in Verbindung mit dem „Mobilisierungs-Thema“ Internet allerdings die Integration eines ansonsten heterogenen Wählermilieus. Damit erweitert sich die Zielgruppe, einigend und prioritär ist das Interesse an Internetthemen. Dem folgend nimmt die Partei auch den Charakter eines Sammelbeckens an. Dass sie sich nicht auf einer Rechts-Links-Achse verorten will, hat aber auch dazu geführt, dass sie gegen den Vorwurf, Rechtsextreme in der Partei zu dulden, Position beziehen musste.<sup>67</sup> Zugleich bezog sie in der Diskussion über ein Interview, das der stellvertretende Bundesvorsitzende Andreas Popp der Zei-

---

<sup>67</sup> Vgl. z. B. Simone Bartsch: Piratenpartei kämpft nach Innen und Außen, abrufbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Piratenpartei:art122,2918770> (abgerufen am 30.10.09); Paul Wrusch: Der Pirat, der einmal Nazi war, abrufbar unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/der-pirat-der-einmal-nazi-war/> (abgerufen am 30.10.09).

tung Junge Freiheit gegeben hatte, nicht eindeutig Position, ob Mitglieder und Repräsentanten der Piratenpartei einer dem rechten Spektrum zugeordneten Zeitung ein Interview geben sollten. „Im Sinne einer praktizierten Meinungsfreiheit wurde gefordert, dass man den Kontakt zu den Rechten nicht vernachlässigen sollte, um dortiges Wählerpotential abzuschöpfen.“<sup>68</sup>

## 8. FAZIT

Auch wenn sich die Piratenpartei weiter zu einer etablierten Partei – mit thematischer Verbreiterung – entwickeln sollte und so ihren bisherigen Sammlungscharakter und ihre breite Integrationsfähigkeit einbüßt, bleibt die Tatsache, dass sie den Parteienwettbewerb verändert und Agenda-Setting betrieben hat. Vom Credo des „Im-Netz-ist-alles-möglich“ haben sich Teile der Netzaktivisten bereits verabschiedet. „Adieu Sandkasten – wir werden erwachsen“ lautete ein entsprechender Beitrag des Carta-Blogs.<sup>69</sup> Die anhaltende Debatte über die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen bleibt aber ebenso auf der Agenda wie Themen und Fragestellungen, die sich aus der entstehenden digitalen Kultur ergeben. Die etablierten Parteien laufen Gefahr, eine Zielgruppe zu verlieren. Es geht um eine junge Generation, die sich insbesondere vom Parteiimage der Piraten angesprochen fühlt. „Diese Partei spricht mit ihren Schwerpunktthemen Datenschutz und Informationsfreiheit im Internet genau die Themen und Interessenlagen an, die die junge Generation unmittelbar betreffen. Eine Partei, die das ganz gezielt macht, hat bei diesen Authentizitäts- und Originalitätssuchenden jungen Leuten natürlich viel mehr Chancen als eine schon sehr etablierte und gefestigte und damit auch schon traditionell erscheinende Partei.“<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Bartels: Die Piratenpartei, S. 249.

<sup>69</sup> Jan Krone: Adieu Sandkasten Internet – wir werden erwachsen, 23.04.09, abrufbar unter <http://carta.info/8427/adieu-sandkasten-internet-wir-werden-erwachsen> (abgerufen 10.08.09).

<sup>70</sup> Klaus Hurrelmann: Die Jugend droht der Demokratie verloren zu gehen. Interview mit ARD.Kultur v. 08.09.09, abrufbar unter <http://www.ard.de/kultur/sonstiges/politikverdrossenheit->

Die Gefahr, dass sich diese Generation und das Milieu von etablierten Parteien abwenden, gilt nicht nur für SPD und Grüne, die als Hauptbetroffene gelten. So dominiert bei Grünen-Parteistrategen die Auffassung, Programmatik und Klientel der Piratenpartei entspreche der ihren. Zwar gab es Übertritte von SPD und Grünen zur Piratenpartei wie die prominenten Fälle Jörg Tauss und Angelika Beer, aber auch weniger prominente Beispiele.<sup>71</sup> Der Blick auf die Bundestagswahl zeigt, dass Grüne und Piratenpartei zwar Ähnlichkeiten in der Wählerstruktur und in Teilen ihrer inhaltlichen Forderungen aufweisen. Die wahlentscheidenden Themen der Grünen-Klientel dürften aber in weit höherem Maße im Bereich Umwelt und soziale Gerechtigkeit liegen. Die „Freiheit im Netz“ rangiert nicht an erster Stelle.

Auch die Union muss sich fragen, wie sie auf die Entwicklung reagiert. Positioniert sie sich zu den Themen, ignoriert sie die Entwicklung, passt sie sich an, indem sie totale Freiheit für das Netz fordert? Ist sie von Themen, die das Internet betreffen allenfalls peripher in ihrer programmatischen Ausrichtung betroffen? Inwieweit ist sie von der Debatte tangiert? Muss sie strengere Verhaltensregeln für das Internet fordern? Muss sie künftig häufiger, differenzierter um Kompromisse zwischen Internet-Affinen und auf Innere Sicherheit Bedachten ringen? Der populäre Vorwurf lautet, Themen, die aus dem Web kommen oder mit ihm verbunden sind, würden „in den Volksparteien noch kein Hausrecht“<sup>72</sup> haben. Es gebe in den Parteioorganisationen und unter den Politikern zwar Qualifizierte. Gewicht und Stellenwert der Internetthemen, so der Eindruck, seien aber nach wie vor gering im Mainstream der etablierten Parteien und der Parteiführungen verankert. Wie also mit den neuen Themen in personeller und organisatorischer Hinsicht umgehen?

---

[der-jugend/-/id=171948/mpdid=1196778/nid=171948/did=1196778/toxse3/index.html](http://der-jugend/-/id=171948/mpdid=1196778/nid=171948/did=1196778/toxse3/index.html) (abgerufen am 10.10.09).

<sup>71</sup> Vgl. z. B. Frank Schuster: Grüne und Piraten tasten sich ab, in: Frankfurter Rundschau v. 31.10.09.

<sup>72</sup> Thomas Hanke: Piraten jagen Schnarchnasen, in: HBL v. 09.07.09.

Auch wenn die Erfolge der Piratenpartei vor dem Hintergrund ihrer derzeitigen Entwicklung vermutlich nicht binnen kürzerer Zeit in den parteipolitischen Himmel wachsen und der Weg zu einer parlamentarischen Partei insbesondere auf der Bundesebene noch sehr weit sein dürfte: Ihre Erfolge deuten auf die Entstehung einer eigenen „abgegrenzten“ digitalen Kultur, einer Netz-Community hin, die ihre eigenen Kommunikationswege hat. Wichtig ist für die Volksparteien, im Besonderen für deren Nachwuchswerbung, die neuen Kommunikationswege zu verstehen und kluge Dialogangebote zu unterbreiten.